

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/208

30. Oktober 1974

Sparen - lohnt sich das noch ?

Der Bürger vertraut der Stabilitätspolitik der Bundesregierung

Von Dr. Hans Apel MdB
Bundesminister der Finanzen und Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Sport politisch mißbraucht ?

Arena-Erfolge kennzeichnen nicht den Wert von Gesellschaftsordnungen

Von Friedel Schirmer MdB
Vorsitzender des Sportbeirates beim Parteivorstand der SPD

Seite 3 und 4 / 50 Zeilen

Juso-Schülerarbeit macht Fortschritte

Erfahrungsbericht aus dem Lande Niedersachsen

Von Wolfgang Hendrich
Mitglied des Bezirksvorstands Hannover der Jungsozialisten

Seite 5 und 6 / 48 Zeilen

Dokumentation

Das SPD-Präsidium zu den Landtagswahlen in Bayern und Hessen

Seite 7 und 8 / 69 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Haussallee 2-10
Postfach: 120 408
Postfach 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 08 88 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Sparen - lohnt sich das noch ?

Der Bürger vertraut der Stabilitätspolitik der Bundesregierung

Von Dr. Hans Apel MdB

Bundesminister der Finanzen und Mitglied des Vorstandes der SPD

Wenn man den hier und dort in der Öffentlichkeit umlaufenden Parolen Glauben schenken wollte, wäre die Frage, ob sich sparen noch lohnt, eigentlich nur mit nein zu beantworten. Die Tatsachen sprechen aber eine ganz andere Sprache.

So war die Ersparnis der privaten Haushalte im ersten Halbjahr 1974 um zehneinhalb vH höher als im gleichen Vorjahrszeitraum. Dies ist das Ergebnis einer Steigerung der gesparten Anteile des verfügbaren Einkommens von 13,5 vH 1973 auf 14 vH im ersten Halbjahr 1974. Dies ist ein deutlicher Beweis für das Vertrauen des Sparers in die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, die mit einer Preissteigerung von gegenwärtig sieben vH das international beste Ergebnis bei der Inflationsbekämpfung erreicht hat. Der von der Opposition vorausgesagte "Inflationsknick im Sparerverhalten" ist damit deutlich widerlegt worden. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß sich das Anlageverhalten des Sparers gemäß der wirtschaftlichen Entwicklung in zwei wesentlichen Punkten geändert hat: der Sparer ist renditebewußter und seine Bereitschaft zur langfristigen Anlage ist geringer geworden.

Natürlich bleiben auch weiterhin die traditionellen Sparmotive von Bedeutung - wie Zwecksparen für höherwertige Gebrauchsgüter, der Erwerb von Ansprüchen auf Versicherungsleistungen oder Bauspardarlehen. Auch dies ist begründet in dem Vertrauen der Bevölkerung, die Regierung werde auch in Zukunft mit den hohen Preissteigerungsraten fertig werden. Diesem Vertrauen gerecht zu werden, wird weiterhin das vorrangige Ziel der gemeinsamen stabilitätspolitischen Anstrengungen von Bundesbank und Bundesregierung sein. Alle am Wirtschaftsprozess beteiligten Gruppen sind dazu aufgerufen, hierzu ihren Beitrag zu leisten. Denn nur bei stabilitätsgerechtem Verhalten aller sozialen Gruppen wird es gelingen, die Preisrate weiter zu stabilisieren.

Wenn man die derzeitige Geldentwertungsrates den Zinserträgen verschiedener Anlagen am Geld- und Kapitalmarkt gegenüberstellt, dann zeigt sich eine

international außerordentlich günstige Relation. Es gibt nur wenige Länder, die, wie bei uns, dem anlagebewußten Sparer nach Abzug der Preissteigerungsrate eine deutlich positive Zinsrate geben. Trotzdem wird immer wieder der Gedanke eines Inflationsausgleichs für Spareinlagen in Höhe der Geldentwertung aufgebracht. Dies ist sicherlich für manche Altsparer ein Problem, soweit sie ihr Vermögen in langlaufenden Wertpapieren mit relativ niedriger Verzinsung angelegt haben. Insbesondere bei den langlaufenden Papieren der Realkreditinstitute werden deshalb in letzter Zeit vorzeitige Auszahlungen erst später fälliger Rücknahmen vorgenommen, so daß diese Anleger höher verzinsliche Werte kaufen können. Es besteht begründete Hoffnung, daß auch die jüngste Lockerung der Zinspolitik durch die Bundesbank auf die Kursentwicklung der festverzinslichen Wertpapiere positiv durchschlagen wird. Und im Übrigen wird nur derjenige Wertpapierbesitzer Verluste erleiden, der seine Papiere tatsächlich verkauft.

Hinzu kommt, daß die ab 1975 geltende Reform der Einkommensteuer erstmals einen Sparerfreibetrag einführt, so daß der kleine, nicht einkommensteuerpflichtige Sparer in Zukunft für Zinsen bis zu 1.200 DM bei Ledigen und 1.600 DM bei Verheirateten nicht zur Steuer herangezogen wird. Eine generelle Indexierung von Spareinlagen lehne ich jedoch als ein Kurieren am Symptom ab. Nach allen bisher gemachten Erfahrungen würde eine Indexierung die Geldentwertung nur beschleunigen, insbesondere dadurch, daß Indexierung in einem Bereich entsprechende Forderungen in anderen Bereichen auslöste. So nimmt dann schnell der Widerstand gegen Preissteigerungen ab. Sie pflanzen sich über die Indexierung rapide fort und nähren sich selbst. Die von der Bundesregierung bevorzugte harte, aber dafür wirksame Stabilitätspolitik ist eindeutig das bessere Instrument zum Schutz der Sparer und ihrer Geldanlagen.

Ich bin deshalb der festen Überzeugung, daß in unserem Land auch in Zukunft das Maß an Sparbereitschaft vorhanden sein wird, das langfristig für eine stabile und wachsende Wirtschaft notwendig ist. Wir werden jedenfalls alles tun, den Sparer auch in Zukunft nicht zu enttäuschen.

(-/30.10.1974/ks/ex)

+ + +

Sport politisch mißbraucht ?

Arena-Erfolge kennzeichnen nicht den Wert von Gesellschaftsordnungen

Von Friedel Schirmer MdB

Vorsitzender des Sportbeirates beim Parteivorstand der SPD

Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), Lord Killanin, sprach sich in Wien bei seiner programmatischen Rede zur Eröffnung der 75. Vollversammlung des IOC scharf gegen den zunehmenden Mißbrauch des Sports durch die Politik aus. Die Probleme des Amateurstatus oder der Kommerzialisierung des Sports seien bedeutungslos gegenüber dieser gefährlichen Entwicklung, erklärte er. Wollte Killanin mit dieser allgemeinen Behauptung von den bekannten Schwierigkeiten mit dem Amateurstatus und durch die Kommerzialisierung des Sports ablenken, oder sind ernsthafte Schwierigkeiten eingetreten?

Obwohl Killanin weder Veranstaltungen, Länder oder Verbände nannte, weiß jeder Interessierte um die seine Erklärung auslösenden Ereignisse: Bei den Asien-Spielen weigerten sich chinesische Fußballspieler, gegen Israelis anzutreten. Albanische Ringer gingen bei den Weltmeisterschaften nicht gegen sowjetische Ringer auf die Matte. Killanin schlußfolgerte, daß den internationalen Sportveranstaltungen fernbleiben solle, wer nicht nach geltenden Regeln gegen alle Teilnehmer wettkämpfen möchte.

Der Zorn des Olympiers ist verständlich und berechtigt. Wer sich nicht in die Regeln einer Gemeinschaft einfügen will, möge ihr fernbleiben. Das gilt im Sport wie in der Politik. Diesen Grundsatz sollte auch bedenken und beachten, wer für die nationale Repräsentanz seines Landes im Sport die Verantwortung trägt. Dabei ist insoweit unerheblich, ob die entscheidenden Persönlichkeiten oder Institutionen - je nach der Gesellschaftsform ihres Landes - politisch bestimmt werden oder durch die Sportorganisationen dele-

giert sind. Das muß z.B. für Kommunisten in China ebenso gelten wie für Demokraten der westlichen Welt, auch wenn sie unterschiedliche Auffassungen vom Sport und seinen Organisationen haben.

Es gilt, sich zum sportlichen Miteinander zu veretändigen und die Regeln zu achten. Das geschieht durch die große Zahl der Sportler und ihre Organisationen in aller Welt. Viele Bürger identifizieren sich mit den Leistungen der Sportler ihres Landes und erfreuen sich daran. Das ist gut so und kann gesteigert werden durch aktive Beteiligung oder Förderung. Aber die Ergebnisse internationaler sportlicher Wettkämpfe dürfen nicht zu übertriebenen Emotionen oder zu Nationalismus führen. Auch sportliche Erfolge müssen relativiert werden, denn sie kennzeichnen nicht den Wert einer Gesellschaftsordnung und dürfen nicht zu menschlichen, politischen und staatlichen Auseinandersetzungen führen, - wie leider schon geschehen.

Während des 75. IOC-Kongresses in Wien wurde die sowjetische Hauptstadt Moskau zum Austragungsort der XXII. Olympischen Sommerspiele im Jahre 1980 gewählt. Die sowjetische Regierung hat versichert, den Sportlern und Touristen den freien Besuch des Landes zu gewährleisten. Voraussichtlich werden mehr als eine Million Besucher aus diesem Anlaß in die Sowjetunion reisen. Sie alle hoffen auf große Ereignisse und Erlebnisse. Die Sowjetunion hat sich selbst eine große Aufgabe gestellt und wird die damit verbundene Chance nutzen wollen.

Ob Lord Killanins Behauptung zutreffen wird, die Probleme des Amateursports und der Kommerzialisierung des Sports seien vergleichsweise bedeutungslos, bleibt abzuwarten. Die Verbindung und Bedeutung beider Faktoren ist in jüngster Vergangenheit gewachsen. Die Diskussionen auch im Sport unseres Landes machen dies deutlich. Sportler und ihre Organisationen, aber auch Politiker, werden aufmerksam sein.

(-/30.10.1974/ke/pr)

+ + +

Juso-Schülerarbeit macht Fortschritte

Erfahrungsbericht aus dem Lande Niedersachsen

Von Wolfgang Hendrich

Mitglied des Bezirksvorstands Hannover der Jungsozialisten

Es tut sich wieder etwas an unseren Schulen; insbesondere an den Gymnasien: "Schülerunion" einerseits und "Jungsozialisten-Schülergruppen" andererseits - so stellt sich die politische Szene an den Schulen der Öffentlichkeit dar.

Während die "Schülerunion", aus einer Contra-Haltung zu linken Schülergruppen entstanden, eine "langfristige politische Klimaänderung in der Schülerschaft" erstrebt (Leitfaden zur Schülerarbeit, hrsg. JU und SU), und sich dabei einer ihr weitgehend wohlwollend gegenüberstehenden Presseresonanz erfreut, machte die Schülerarbeit der Jungsozialisten - von der breiten Öffentlichkeit zunächst kaum wahrgenommen - Fortschritte.

Seit Jahren arbeiten Juso-Schüler aktiv in Schülermitverwaltungen und Schülerzeitungen mit oder im Rahmen von Basisgruppen bzw. teilweise selbständigen Schülerbünden. Spätestens seit dem Bundesausschußbeschuß der Jungsozialisten zur Schülerarbeit vom 22./23. Juni 1974 hat auch die Presse von der Existenz einer Juso-Schülerarbeit Kenntnis genommen. Die Jungsozialisten tragen bei ihrer Arbeit der Tatsache Rechnung, daß Schüler nicht ohne weiteres bereit sind, sich parteipolitisch festzulegen und ziehen daraus die Konsequenz, möglichst mit allen politischen Schülergruppen, die uns nahestehen - d.h. mit unabhängigen als auch Juso-Schülergruppen - in einen Arbeitszusammenhang zu kommen.

Im Bezirk Hannover entwickelte sich aus der seit 1972 geleisteten Seminararbeit zu schulpolitischen Fragestellungen ein Koordinationsaus-

Ausschuß zur Schülerarbeit, in dem z.Zt. Vertreter aus über 20 Schülergruppen mitearbeiten. Dieser Ausschuß stellt das entscheidungsbefugte Gremium dar, in dem die Schülergruppen durch je einen Delegierten gleichwertig vertreten sind und die weitere Richtung ihrer Arbeit gemeinsam bestimmen.

Die laufende Arbeit auf überregionaler Ebene bezieht sich auf folgende Schwerpunkte:

- Auf regelmäßig veranstalteten Seminaren werden relevante Probleme für Schülerarbeit gründlich diskutiert. Die Themenstellungen orientieren sich an den Bedürfnissen der einzelnen Gruppen. So wird das kommende Seminar (nachdem das letzte die Schülerbewegung der 60er Jahre thematisierte) die Reform der Sekundarstufe II zum Diskussionsgegenstand haben.

- Durch "interne" Publikationen - einer "Juso-Schülerpress", Argumentationsbroschüren usw. - wird der Kommunikationszusammenhang der Gruppen verbessert, und werden gleichzeitig Hilfestellungen für die praktische Arbeit an der Schule gegeben.

- Eine im Rahmen der überregionalen "Öffentlichkeitsarbeit" erscheinende Zeitung soll die Position der Jusos zu wichtigen schulpolitischen Problemen verdeutlichen, um dadurch nicht organisierte Schüler zu einer Mitarbeit in Juso-Schülergruppen zu gewinnen.

In Zusammenarbeit mit befreundeten Organisationen (z.B. den Falken) bemühen sich die im Koordinationsausschuß zusammengeschlossenen Schülergruppen auf der Grundlage der Jungsozialisten-Beschlüsse zur Bildungspolitik um die Durchsetzung schulpolitischer Reformen, die die Schule in ihren Lehrinhalten und in ihrer Struktur zu demokratisieren in der Lage sind. Dies ist der Maßstab, an dem auch die Initiativen der SPD im Schulbereich gemessen werden.

(-/ 30.10.1974/ ks/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Das SPD-Präsidium zu den Landtagswahlen in Bayern und Hessen

Das Präsidium der SPD erörterte am 29. Oktober 1974 unter Leitung des Parteivorsitzenden Willy Brandt die Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern und Hessen vom 27. Oktober. Einstimmig verabschiedete es folgende Erklärung, die wir wegen ihres bei aller Begegntheit umfassenden Charakters im Wortlaut wiedergeben:

1/ Erklärtes Ziel der CDU in Hessen war es, die absolute Mehrheit zu erlangen und damit auch im Bundesrat die Mehrheitsverhältnisse entscheidend zu ihren Gunsten zu verändern. Der mit viel Aufwand geführte Vorstoß der CDU ist gescheitert. Die sozialliberale Koalition ist von den Bürgern in Hessen bestätigt worden.

2/ Die Zugewinne der CSU in Bayern sind bundespolitisch insoweit von anderem Gewicht, als sie die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat nicht berühren. Mit Sorge muß jedoch das Erstarken des rechten Flügels innerhalb der CDU/CSU gesehen werden. Dies wird nicht nur ein internes Problem für die Unions-Parteien sein, sondern geht alle politischen Kräfte an, denn es berührt die gesamtpolitische Entwicklung in unserer Bundesrepublik.

3/ Im Verhältnis zu den Wahlen Anfang des Jahres sind die sozialdemokratischen Stimmeneinbußen geringer ausgefallen. Dies ist jedoch kein Grund zur Beschönigung eines insgesamt unbefriedigenden und enttäuschenden Wahlergebnisses.

4/ Gleichzeitig dankt das Präsidium den Wählern, Freunden und Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei in Bayern und Hessen. Sie haben große Belastungen auf sich genommen, der Vernunft Gehör zu verschaffen und nicht davon abzulassen, daß die soziale Demokratie in der Bundesrepublik gesichert und ausgebaut werden muß.

Um die örtlich voneinander abweichenden, insgesamt empfindlichen Stimmeneinbußen der SPD - es gibt auch erfreulich positive Einzelergebnisse! - richtig werten zu können, bedarf es eingehender Untersuchungen. Ohne die-

sen vorgereifen zu wollen, kann heute festgestellt werden:

- Unser Hinweis auf die im Vergleich zu anderen Ländern erfolgreiche Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt und die Aufklärung über die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge und Schwierigkeiten haben nicht das wünschenswerte Ergebnis gebracht.

- Der SPD ist es fast nirgends gelungen, in das gegenwärtig sehr festgefügte Wählerpotential der Unions-Parteien einzudringen.

- Die regional zum Nachteil der SPD unterschiedliche Wahlbeteiligung und praktische Wahlkampfführung deuten darauf hin, daß es der SPD auch nicht gelungen ist, ihre Mitglieder und Freunde überall in dem erforderlichen Ausmaß zu mobilisieren.

- Innerparteilicher Streit, dem Godesberger Programm widersprechende Parolen, Selbstgefälligkeit und mangelnde Konzentration auf das Wesentliche haben das Erscheinungsbild der SPD mancherorts beeinträchtigt. Ziel und Leistungen unserer Partei einerseits und ihr Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit andererseits drohen weiterhin auseinanderzuklaffen.

6/ Das hessische Ergebnis zeigt, daß es einer die Grenzen des Sachlichen weit überschreitenden Wahlschlacht letzten Endes doch nicht gelungen ist, einer fortschrittlichen Politik unter dem Ministerpräsidenten Albert Osswald das Wasser abzugraben. Alle Propaganda hat nicht die Tatsache zu unterdrücken vermocht, daß dieses Bundesland in bezug auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Bundesrepublik vorteilhaft dasteht.

In Bayern hat die CSU eine beispiellose Materialschlacht geliefert. Unsere sozialdemokratischen Freunde unter ihrem Landesvorsitzenden Hans-Jochen Vogel hatten es hier als Opposition noch schwerer. Sie sind den Wählern mit einem konstruktiven, ausgewogenen Programm begegnet. Dieses Programm wird für die Arbeit in Bayern in den kommenden Jahren von maßgeblicher Bedeutung sein.

Der Wahlkampfstil in Hessen und Bayern läßt erkennen, womit bei den kommenden Landtagewahlen und erst recht bei der Bundestagswahl 1976 zu rechnen sein wird. Die erschreckende demagogische Verkürzung komplizierter politischer Zusammenhänge muß angesichts der schweren Probleme, die insbesondere aus der weltwirtschaftlichen Entwicklung auf uns zukommen, allen denen Sorge bereiten, die aus der Vergangenheit gelernt haben. Auch außerhalb von Wahlkämpfen müssen alle Möglichkeiten sachlicher Aufklärung genutzt werden.

7/ Die Planungsgruppe des Parteivorstandes wird unter Leitung des Parteivorsitzenden Willy Brandt und unter Hinzuziehung von Repräsentanten der an der Wahl beteiligten Landesverbände die Wahlergebnisse im einzelnen analysieren und die Ergebnisse den Führungsgremien der Partei auf deren Berliner Sitzung am 11. November 1974 unterbreiten. (-/30.10.1974/bgy/ex)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Praller